

**Titel:            Kommentar zum Corona Konjunkturpaket**

Autor:            Ingolf F. Brauner

Datum:            29.06.2020

Das Konjunkturpaket ist aus Sicht der Selbständigen und des Mittelstands kein Befreiungsschlag, um aus der Krise zu kommen, sondern ein visionsloses Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, um möglichst jedem ein bisschen gerecht zu werden. Bei genauer Betrachtung erweist es sich als weitgehend zahnloser Tiger, der mit Hilfe der Mehrwertsteuerüberraschung ein staunendes Publikum hinterlassen sollte.

**1            Mehrwertsteuersenkung**

**a) Erhöhter Aufwand, erhöhte Unsicherheit, erhöhte Kosten**

- Hoher Aufwand für Dienstleister und Handwerk: Leistungen müssen tagesgenau abgegrenzt werden, ein Unding im Projekt- und Objekt-Geschäft → Hoher bürokratischer Aufwand
- Hoher Aufwand für Handel: Da bei preisgebunden Produkten die alten Steuersätze erhalten bleiben, muss teilweise mit vier verschiedenen Steuersätzen gearbeitet werden. Laut Umsetzungsverordnung muss die Ware nicht neu ausgezeichnet werden, das widerspricht aber klar den Vorschriften zur Preistransparenz. → Hohes Maß an (Rechts-)Unsicherheit
- EDV-Systeme und Kassen müssen umgestellt werden. IT-Dienstleister sind in der kurzen verfügbaren Zeit nicht mehr in der Lage alle Systeme umzustellen → zusätzliche Umstellungskosten (2x in sechs Monaten), Korrekturaufwand bei verspäteter Umstellung. Da das Gesetz noch nicht durch den Bundesrat ist, weiter Unsicherheit und Zeitnot

**b) Gemessen an den Kosten ist der Effekt zu gering und schafft keine Zukunftssicherheit**

- Keinerlei Effekt im B2B-Geschäft (betrifft über 50% der KFZ-Neuverkäufe, Maschinenbau, Teiler der Bauwirtschaft, Zulieferbetriebe, etc.) → kein Nutzen in wesentlichen Wirtschaftsbereichen
- Gastronomie wurde ausdrücklich aufgefordert, den MwSt.-Vorteil einzubehalten und zur Ertragsverbesserung zu verwenden, warum sollte es der ebenfalls leidende Einzelhandel anders machen? Dienstleister (z.B. Frisöre) haben häufig mit Wiedereröffnung die Preise erhöht, sie werden sie jetzt nicht wieder reduzieren. Mitnahmeeffekte sind zu erwarten, möglicherweise auch Preiserhöhungen, wenn die MwSt.-Senkung nach sechs Monaten wieder wegfällt → Nur ein geringer Teil der MwSt.-Senkung wird letztendlich beim Endkunden ankommen. Kein Signal, um den Konsum anzuschieben!
- Menschen ohne Arbeit oder in Kurzarbeit werden (können!) trotz der MwSt.-Senkung nicht mehr Geld ausgeben, der beim Verbraucher ankommende Effekt im täglichen Leben ist zu gering. → Die teure MwSt.-Senkung verpufft, sie schafft kein Vertrauen in die Zukunft, das für nachhaltigen Konsum notwendig ist.

→ Die Mehrwertsteuersenkung geht vollkommen am Ziel vorbei, den Konsum anzuschieben. Der beim Endverbraucher ankommende Effekt ist zu gering, im Geschäft zwischen Unternehmen bewirkt sie gar nichts. In den Betrieben verursacht sie Kosten und Unsicherheit. Sie ist kein Signal, das den Menschen Vertrauen in die Zukunft gibt.

**Forderung:** Der Betrag von 20 Mrd. sollte besser für eine branchenübergreifende und direkt wirkende Investitionsförderung für mittelständische Betriebe eingesetzt werden, um dort die Arbeitsplätze zu sichern (Anm.: ca. 75% alle Arbeitsplätze sind bei mittelständischen Betrieben). Sichere Arbeitsplätze schaffen Vertrauen in die Zukunft, was die Grundlage für Konsum und Investitionsbereitschaft ist.

## 2 Sozialgarantie 2021

Die hohen und weiter steigenden Sozialkosten sind nicht durch die Corona-Krise verursacht, sondern Folge einer überzogenen Ausgabenpolitik der letzten Jahre. Wir können uns den Sozialstaat zu Lasten der Wirtschaft und der Leistungsträger in der Arbeitnehmerschaft in der jetzigen Form schon lange nicht mehr leisten. Das Sozialpaket kann sich nicht an den starken Jahren orientieren, es muss auch in Jahren ohne Wachstum finanziert werden können.

**Forderung:** Statt einer Deckelung im Rahmen des Konjunkturpakets auf 40% - die letztendlich auch wieder durch Abgaben finanziert wird – müssen alle Sozialleistungen endlich auf den Prüfstand kommen. Bedürftige sind sicherlich zu fördern, aber es muss auch die Bereitschaft zur Eigenverantwortung eingefordert werden. Wo immer möglich, muss staatliche Leistung durch eine Gegenleistung an Staat und/oder Gesellschaft ausgeglichen werden. Mittel- und langfristig müssen die Sozialausgaben dauerhaft auf ein Niveau deutlich unter 40% gesenkt werden.

## 3 EEG-Umlage

Auch die stark steigende EEG-Umlage ist die Folge einer falschen und ideologiebasierten Energiepolitik der Vergangenheit. Das Thema ist ebenfalls kein Corona-Thema. Es war schon lange vorher abzusehen, dass die Strompreisentwicklung die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit schwächt. Die Energiewende wurde handwerklich verpfuscht, mangels gemeinsamer Ziele wurde die Energiepolitik Opfer starker und sich widerstrebender Interessengruppen. Die regierenden Parteien haben sich in Energiethemen als ideenlos und führungsschwach gezeigt, die Rechnung wird uns jetzt präsentiert. Die Haushaltsmittel, die zur Senkung EEG-Umlage eingesetzt werden, sind Schulden- oder Abgaben-finanziert. In beiden Fällen tragen Verbraucher und Wirtschaft doch wieder die Last.

**Forderung:** Als kurzfristige Maßnahme ist die EEG-Senkung/Deckelung positiv zu sehen, sie ändert aber nichts am eigentlichen Problem. Die Energiepolitik braucht die Wende zur Wende. Mutige, langfristige Konzepte zur Energiegewinnung und -verteilung und zu deren verbrauchsbasierter

Finanzierung sind erforderlich. Energiepolitik ist ebenso wie Digitalisierung kein Einzelthema, die Vernetzung mit allen anderen Ministerien muss dringend intensiviert werden.

#### **4 Liquiditätsvorteile**

Die geschaffenen Liquiditätsvorteile durch die Fälligkeitsverschiebung der Einfuhrumsatzsteuer, die Erweiterung des steuerlichen Verlustrücktrags und durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten werden von uns grundsätzlich positiv gesehen. Faktisch kostet das den Staat aber gar nichts, weil er die Verschiebung derzeit zu negativen Zinsen refinanzieren kann, es hätte hier also durchaus noch mutiger gehandelt werden können.

##### **Forderung:**

- Über die nur temporär wirkenden Liquiditätsvorteile hinaus, müssen dringend weitere Möglichkeiten und Anreize zur Verbesserung der Eigenkapitalquote geschaffen werden.
- Die vorzeitige Berechnung der Sozialabgaben – die seinerzeit als Liquiditätsvorteil für den Staat - eingeführt wurde, sollte nun endlich an die Wirtschaft zurückgegeben werden.
- Dauerschuldverhältnisse müssen künftig bei der Berechnung der Gewerbesteuer (wieder) voll angerechnet werden.

#### **5 Insolvenzrecht**

Eine Überarbeitung des Insolvenzrechts fordern wir schon lange. Die Ansätze im Konjunkturpaket werden positiv gesehen, sind aber noch lange nicht ausreichend

##### **Forderungen:**

- Die Verkürzung des Entschuldungsverfahrens darf nicht nur für natürliche Personen gelten, sondern muss auch für alle Unternehmensformen gelten
- Es muss zwischen fremd- und eigenverschuldeter Insolvenz unterschieden werden. Insolvenzen, die trotz bestem unternehmerischem Verhalten unabwendbar sind (z.B. als Folge der Corona-Betriebsschließungen), erhalten im Rahmen eines Schutzschirmverfahrens erweiterte Entschuldungsmöglichkeiten, um wieder in einen regulären Betrieb zurückkehren zu können.
- Corona-bedingte Schulden und Stundungen werden bei der Berechnung des Überschuldungsgrades unberücksichtigt gelassen.
- Den Insolvenz-Richtern werden aus der Wirtschaft besetzte Experten-Gremien zur Seite gestellt, um die individuellen Situationen und Restrukturierungsmöglichkeiten besser bewerten zu können.
- Für Insolvenzverwalter wird die Restrukturierung und Weiterführung eines Betriebs höher vergütet als die Abwicklung.

## 6 Investitionen

Die Prüfung ob Investitionen der öffentlichen Hand vorgezogen werden können, ist zwar löblich. Bei gleichzeitiger erheblicher Neuverschuldung von Bund, Land und Kommunen sind dem aber natürlich Grenzen gesetzt. Derzeit prüfen alle öffentlichen Kostenträger, an welchen Stellen gespart werden kann. Es ist nicht anzunehmen, dass sich das öffentliche Gesamtinvestitionsvolumen in den kommenden beiden Jahren vergrößern wird, eher das Gegenteil wird der Fall sein. Öffentliche Investitionsfördermaßnahmen haben angesichts der Bearbeitungs- und Planungszeiten oft einen sehr langen Vorlauf, bis sie in der Wirtschaft ankommen.

**Forderung:** Investitionsfördermaßnahmen müssen direkt und branchenübergreifend in der mittelständischen Wirtschaft wirken. Neben unmittelbarer Anrechnung auf Ertragsteuern bietet sich der Erlass der Corona-Überbrückungsdarlehn in der Höhe der von den Betrieben direkt getätigten Investitionen an. Der Investitionsbegriff ist dabei auch auf Leistungen zu erweitern, die der Mitarbeiterfortbildung und der Geschäftsmodellentwicklung dienen

## 7 Gesamtbetrachtung

Das Konjunkturpaket der Regierung ist ein „Fleckerlteppich“ aus Einzelmaßnahmen, die in ihrer Summe nur bedingt geeignet sind, der Wirtschaft ein neues Durchstarten zu ermöglichen. Das Paket erweckt den Eindruck, als würde versucht, mit der Gießkanne über alle Wünsche zu gehen, anstelle beherrscht dort anzupacken, wo Lebenssicherheit und Vertrauen in die Zukunft geschaffen wird, nämlich bei der Sicherung der Arbeitsplätze im Mittelstand durch massives Anschieben direkter Investitionen.

Die MwSt.-Senkung bringt bei hohen Kosten nur einen minimalen Effekt. Maßnahmen zur Endbürokratisierung sind zu unkonkret, Liquiditätshilfen haben nur Kurzzeitcharakter, öffentliche Investitionsförderung wird in der Neuverschuldung der öffentlichen Hand stecken bleiben, Gesetzesänderungen zur Insolvenzvermeidung sind halbherzig. Deckelung der Sozialabgaben und der EEG-Umlage sind eine reine Augenwischerei, da sie letztendlich doch wieder aus Abgaben zu finanzieren sind und es an grundlegenden Reformen fehlt.

Im Konjunkturpaket sind vielen Themen enthalten, die nicht in der Corona-Krise verortet sind, sondern ihre Ursache in falscher Politik früherer Jahre (z.B. Sozial- und Energiekosten) haben oder schlichtweg in den letzten Jahren verschlafen wurden (z.B. Digitalisierung, Wasserstoff-Technologie). Es werden Versäumnisse der Vergangenheit in einen Topf mit akuter Krisenbewältigung gepackt und mit einem Corona-Preisschild versehen, um als besondere Leistung verkaufen zu können, was schon lange vor der Krise überfällig war. Politischer Mut sieht anders aus!